

nach gezwungen: über auf die Seite des Verbands zu treten. Danach hat sich die Lage der serbischen Armee trotz ihrer tapferen Verteidigung in der letzten Woche wiederum verschlechtert.

Soweit man aus dem Gange der Ereignisse schließen darf, listet sie den nächsten Widerstand nach Osten hin, gegen die über den Timok vordringende erste bulgarische Armee des Generals Vojadov. Darum ist dieser in dem äußerst wegaarmen Hochgebirge auch nur sehr langsam vorwärts gekommen; immerhin ist die Zentralfestung des Landes, Nisch, von Nordosten und Osten her bedroht, während das 50 Kilometer südlich gelegene Ploz eingeschlossen sein soll.

Auch im Norden weichen sich die Serben mit verzweifelter Entschlossenheit gegen die überlegenen Kräfte Wodkows. Am 6., 7., 8. Oktober fand der Übergang über Ervan und Save statt; am 24. Oktober hatten die verbündeten Öster die Linie Kalesvo-Kranjselovac-Petrovac-Melnien, durchschnittlich 40 Kilometer südlich der Donau, erreicht; das sind auf den Tag etwa 2 1/2 Kilometer Raumgewinn. Man muß hierbei immer die traurigen Wegeverhältnisse und die Hemmnisse berücksichtigen, die der geistige Charakter des Landes jedem Angreifer bereitet. An Lebensmitteln hingegen scheint es noch nicht zu fehlen.

In jedem Falle sehen wir das serbische Heer auf drei Seiten von feindlichen Streitkräften umgeben, die ihm in ihrer Gesamtheit weit überlegen sind. Der ihm zur Verfügung stehende innere Raum beträgt von Norden nach Süden zur Zeit noch etwa 220 Kilometer, von Osten nach Westen — er retringiert sich jeden Tag — 100 Kilometer. Der Nisch gegen Nisch ist, ohne gewaltsamen Durchbruch im Kampfe, nicht mehr frei; es kann, wenn ihm nicht noch im letzten Augenblick eine wenig wahrscheinliche Hilfe von außen kommt, im besten Falle noch gegen die montenegrinische Grenze weichen. Dort aber, in dem unwirtlichen Lande, das kaum den eigenen Bewohnern den notwendigen Unterhalt bietet, erwartet es ein Heil, der schlimmer ist als die verbündeten Streitkräfte: der Hunger!

Man sieht nicht recht, wie es seinem Schicksal noch entgegen könnte, auch wenn es sich nur langsam vollziehen sollte.

Im Westen und im Osten Stellungskrieg! Es ist wunderbar, wie die Feinde und „wohlwollende“ Neutrals von einem Scheitern der Offensive gegen Nisch sprechen können. Das wir so vielen Gefahren gegenüber nicht auf allen Gebieten zugleich angreifswert verfahren können, ist doch auch für den Feind leicht einzusehen. Die deutsche Kriegskunst hat sich ringsum Ellenbogenfreiheit geschaffen, die feindlichen Streitkräfte zurückgeworfen, und schließt sich nun an, auf einer Grenze, wo die Verhältnisse besonders günstig geworden zu sein scheinen, einen entscheidenden Erfolg zu suchen. Das andre wird dann später finden. Von einem Scheitern unserer Pläne könnte man vernünftigerweise nur dann reden, wenn es unsre Absicht gewesen wäre, nach Weidenburg oder Moskau zu gehen, und wir diesen Plan infolge des überlegenen russischen Widerstandes hätte aufgeben müssen. Davon kann keine Rede sein; die Heere des Jaren sind ganz unerschütterlich daran, daß wir auch nach Osten hin uns zeitweise auf die Freiheit der Welt bereits gewonnen beschränken. Das ist unser eigener, freier Wille!

Die gestrigen Heeresberichte haben die Darstellung unsrer militärischen Mitarbeiters noch um ein paar wesentliche Akte ergänzt und seine Schlussfolgerungen verstärkt. Der linke Flügel der Heeresgruppe Mackensen, der bei Orsova die Donau überschritt und der rechte Flügel der bulgarischen Streitkräfte haben einander in dem kleinen Donauort Kibicevac die Hand gereicht. Die direkte Verbindung der Zentralmächte mit Bulgarien und der Türkei ist hergestellt. Das ist das wichtigste Ereignis des Dienstags. Wenn es sich vorerst nur um eine blinde Verbindungslinie handelt, so werden die nächsten Tage sie sicherlich verbreitern, da die Serben sich jetzt aus dem Nordosten des Landes schnell zurückziehen müssen, wenn sie nicht zwischen zwei Feuer kommen wollen. Der Weg auf der Donau nach Bulgarien ist für die Zentralmächte frei, sobald der Fluß von Nischen abwärts ist. Da der Wasserweg verhältnismäßig billige Frachtförderung gewährt, hat das für den Verkehr mit Bulgarien und der Türkei, die einige Lebensmittel und Rohstoffe liefern können, Bedeutung. Der Weg über die Eisenbahnen wird erst bei weiterer Zurückdrängung der serbischen Armeen frei werden.

Die Schreiter indes täglich fort. Die Linie, auf der die Heeresgruppe Mackensen steht, ging am Dienstag von Kalesvo im Westen bis Svilajnac im Osten in ziemlich gerader Richtung. Die Einbuhtungen, die sie tags vorher noch aufwies, waren ausgeglichen und an ihre Stelle waren mehrfach Ausbuchtungen getreten. So liegt Moravica, das etwa 30 Kilometer östlich von Kalesvo entfernt ist, schon einige Kilometer südlicher als dieser Ort, und die Jasenica und Raca, die weiter nach Osten über die Schreiter wurden, stehen auch wieder etwas südlicher. Svilajnac, wo die Morava überquert wurde, liegt östlich des gestern genannten Moravac im Moravatal, ungefähr in derselben Linie wie dieser Ort. Die Morava fließt von Südosten nach Nordwesten und ist ein Nebenfluß der Morava. Die weit die Operationen im Moravatal geblieben sind, wurde gestern nicht angegeben; im Vektal wurde Keresnica erreicht, das etwa 8 Kilometer südlich des Tods vorher besetzten Ruzevo liegt. Die Orsova-Gruppe ist in Dubicevac und Orza Palanka an der Donau eingedrungen. Damit ist der Raum, der in der Donauflusse liegt, wohl völlig dem Feind gesäubert. Hier wurde große Beute gemacht. Die Bulgaren gehen von Ragotin in zwei Richtungen vor. Die Festung Ruzajevac, deren Besetzung schon einmal verfrüht gemeldet wurde, ist nun wirklich in ihre Hand gefallen, womit die Serben eine feste Stellung verloren haben, so daß der Vormarsch auf Nisch schnelleres Tempo annehmen dürfte.

Auf den übrigen Kriegsschauplätzen ist ein allgemeines Abklauen der Angriffslust der Verbündeten zu verzeichnen. Auch die italienische Offensive läßt nach. Nach italienischen Blättern zu urteilen, wird sie schon als gescheitert betrachtet.

Zwei Friedenszielgebungen liegen wieder vor. Die Kreuzzeitung berichtet:

Die am 20. Oktober in Stettin versammelten Vertreter der Deutschkonservativen Pommerens bekennen ihre einseitige Zustimmung zu der vom engeren Vorstand der Deutschkonservativen Gesamtpartei bekanntgegebenen Erklärung zur militärischen und politischen Lage. Insbesondere wollen auch sie, daß vor keinem weiteren Opfer zurückgeschritten

werde, das erforderlich ist, um den Krieg zu einem bauernden, ehrenvollen, die Grundlagen der deutschen Zukunft sichernden Frieden durchzuführen.

Auch die Alldeutsche Volkszeitung berichtet aus der am Sonntag abgehaltenen Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei zu Frankfurt a. M.:

Man einigte sich ohne Schwierigkeit einstimmig auf eine Entschliebung, welche der Zustimmung der ganz überlegenden Aufsicht der Mitglieder der Zentrumspartei in allen Teilen des Reichs entspricht wird. In ihrer allgemeinen Richtung schließt sie sich den Entschliebungen an, welche bereits von Seiten der nationalliberalen und der konservativen Partei veröffentlicht worden sind. Doch zeigte die Einmütigkeit der Aufsicht und die allgemeine Bereitwilligkeit, ohne alle engherzigen Parteisichtweisen an der großen Aufgabe des deutschen Volkes mitanzusetzen, daß gerade auf diesem Gebiet die Zentrumspartei ebenso im Einklang mit dem Volk steht wie in der Vergangenheit. Der Wortlaut wurde dem Wolffschen Telegraphenbureau übergeben zur Verbreitung an alle deutschen Zeitungen.

Beachtenswert ist der Wortlaut vom Bureau Wolff bisher nicht. Aber man kann auf ihren Inhalt schließen aus der Mitteilung, daß die Zentrumspartei dem Standpunkt der nationalliberalen und der konservativen Partei beigetreten ist. Der ist bekannt genug. Da die Fortschrittler im wesentlichen das Gleiche als ihr Ziel verfolgen, so sehen wir alle bürgerlichen Parteien im Hauptpunkt auf diesem Gebiete einig. Ob trotzdem noch sozialdemokratische Politiker behaupten werden, die Situation sei für sie noch dieselbe wie am 4. August 1914?

Wer ist schuld an der Teuerung?

Die Kreuzzeitung hat sich in einem vom 20. Oktober datierten Artikel veranlaßt gesehen, die Landwirte und den preussischen Landwirtschaftsminister gegen Angriffe der Frankfurter Zeitung in Schutz zu nehmen. Es heißt in ihren Ausführungen:

Vor allem ist es ein Artikel der Frankfurter Zeitung, der in dem Vorwurf gipfelt, daß aus Rücksicht auf die Produzenten staatliche Maßnahmen so lange hinausgeschoben würden, bis nur noch eine Preisregelung möglich sei, die die Verbraucher zugunsten der Landwirte ungebührlich belastet. Als Beispiel führt das Blatt die Regelung der Futterpreise an. Da habe man den Preis durch die Treiberen im neutralen Ausland erit auf eine Phantastische hinausgehoben lassen, um ihn dann auf einen Satz zu ermäßigen, der noch vor kurzem allgemeine Enttäuschung erregt hätte. In Bayern seien Produzentenhöchstpreise von 100 und 170 M. festgesetzt worden, und nachher hätten anerkannt, daß dieser Preis für ganz Deutschland angemessen sei. Gegen den äußeren Geld steht unser Volk geschlossen wie ein Mann. Aber in diesen Herzen sammelt sich ein Groll über das, was dahinter als unbillig, als ungerecht und unangenehm empfunden wird. Und dieser Groll, der hätte vermieden werden können, frist immer weiter, weil — nun sagen wir einmal, wahrscheinlich weil der Herr Baron v. Schorlemer-Besler Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Preußen ist. Denn das ist zwar sicher nicht das einzige „Weil“ — Unentschiedenheit und andres an andern Stellen kommen auch noch hinzu —, aber in großen politischen Kreisen hält man es für das „Gingelbe“. Der preussische Landwirtschaftsminister wird hier also als der Mann benannt, der zum einseitigen Vorteil der Landwirte eine gesunde Regelung der Preise verhindert. Beweise dafür führt das Blatt nicht an, es bezeichnet die Schuld Herrn v. Schorlemer auch nur als wahrscheinlich, hält es aber auch nicht für nötig, diese „wahrscheinliche“ Wahrscheinlichkeit zu begründen, sondern begnügt sich damit, das allgemeine Gerücht dafür geltend zu machen. Eine sonderbare Art der Auseinandersetzung in einem ernsthaften Blatte, doppelt sonderbar in der Zeit des Vorkrieges! Wir würde es wohl einem Blatte der Rechten gehen, das sich persönliche Angriffe solcher Art gegen einen inoffiziellen Minister leisten wollte. Das Bedenkliche bei solchen Angriffen ist aber, daß dadurch in der Bevölkerung die Meinung erregt wird, daß nicht unabhängige Verhältnisse die Schuld an den letzten Preisen tragen, sondern agrarische Gewinnlust und das sie beunruhigende Entgegenkommen gewisser Regierungskreise. Ein solcher Glaube aber muß natürlich die Leidenschaften aufpeitschen und kann alles eher als beruhigend wirken. Deshalb müssen wir immer wieder auf unsere Forderung zurückkommen, daß die Regierung es nicht nur bei Maßnahmen bewenden lassen, sondern daneben aufklärend wirken möge. Den Ausführungen der Frankfurter Zeitung wäre die Spitze abgebrochen, wenn man bei Festsetzung der Produzentenhöchstpreise für Futter an 240 M. die Grundlagen und Berechnungen bekanntgegeben hätte, die zur Wahl dieses Preises geführt haben. Die Willkürlichkeit wird man auch mit solchen Beispielen nicht Herr werden, aber wenigstens zwingt man damit die Auseinandersetzung in mehr sachliche Bahnen.

Die Auffassung, daß der preussische Landwirtschaftsminister der Vater aller Hindernisse in der Lebensmittelversorgung sei, ist nicht bloß von der Frankfurter Zeitung vertreten worden. Das führende rheinische Zentrumblatt, die Alldeutsche Volkszeitung, will dagegen dem Staatssekretär des Innern, Delbrück, die Schuld zuschieben. Sie schrieb am 28. Oktober:

Gewiß, es ist mancherlei geschehen. Es ist schon ein stattliches Bündel von Beschwerden herausgekommen und verschiedene Maßnahmen einschneidender Art sind getroffen worden. Aber bei all diesen Maßnahmen hat das Volk den Eindruck, daß jedes Eingreifen zugunsten der Verbilligung der Lebensmittelpreise der Regierung so rüchlich abgezwungen werden müsse. Man hat im Volke die Empfindung, als ob an der entscheidenden Stelle gegen alle Maßnahmen passive Resistenz gelbt worden ist, solange wenigstens, bis der Reichskanzler mit aller Entschiedenheit eingriff, und bis es zu den bitteren Vorparlamenten gekommen war, die wir dem Volke und der Regierung hätten ersparen können. Allgemein herrscht bei den Maßnahmen der Regierung in der Lebensmittelversorgung der Eindruck: Zu spät. Inzwischen wächst die Wutstimmung, nicht nur die Arbeiter und die Bevölkerung in immer weitere Kreise hinein, sondern immer in breiteren Schichten das Vertrauen zu der Regierung. An die Stelle der gehobenen Stimmungen, Opferfreudigkeit und Zuversicht tritt ein Unmutgefühl, das politisch auszunutzen wahrhaftig schon genug Kräfte an der Arbeit sind. Man sieht es und sieht es deutlich in Berlin und auch in anderen Städten.

Diese Stimmung im Volke ist bedauerlich. Sie ist doppelt bedauerlich, wenn sie sich gegen die Regierung als Ganzes richtet. Da muß ihr mit aller Entschiedenheit und Offenheit entgegengetreten werden. Es muß dem Volke immer wieder gesagt werden, daß nicht die Regierung als Ganzes und vor allem nicht der Reichskanzler die Schuld an den verheerenden und zu spät getroffenen Maßnahmen trägt. Der Reichskanzler hat jederzeit und überall eingegriffen.

In einer Zeit, wo der Krieg auf den Schlachtfeldern und in den Diplomatenstuben auf dem Höhepunkt steht, hat der Reichskanzler des Deutschen Reichs wahrhaftig andere Dinge zu denken und zu schaffen, als sich um Futter- und Milchfragen zu sorgen. ... Für Futter- und Milchfragen hat er seinen Staatssekretär im Reichsamt des Innern. Er trägt die ganze Verantwortung für all das, was in der Lebensmittelfrage verfaßt und geschieht ist. ... Schon vor mehr als zwei Monaten hat der Reichstag in der Kartoffelfrage keine Beschluß gefaßt und dem Reichsamt des Innern und dem Bundesrat die Ausführung übertragen. Erst in der allerletzten Zeit und jetzt nicht einmal völlig erfolgversprechend hat das Reichsamt des Innern Maßregeln getroffen und diese auch erst,

als der Kartoffelpreis bereits wieder in die Höhe getrieben worden war. War es nötig, daß der Futterpreis erst auf über 3 M. steigen und die Milchhändler bereits 4 M. anforderten mußten, ehe die Regierung eingriff? War es nötig, daß die Milchsalinität ihre jetzige Höhe erst erreichen mußte, ehe die Regierung eingriff? Wenn natürlich erst der zwei- und dreifache Preis der normalen Zeiten erreicht ist, dann kommt die Einführung der Höchstpreise zu spät und führt zu Härten. ... Die ganze übrige Teuerung der Lebenshaltung, die Teuerung der Industrieprodukte, vom Schuh und Leder angefangen bis zum Papier und zur Kohle, wird vom Reichsamt des Innern überhaupt ignoriert. Alle Vorwürfe gegen die Zentralerkaufsgenossenschaft fallen zurück auf die oberste Stelle, der sie untersteht ist.

Man scheint im Reichsamt des Innern allmählich vor lauter Krämen den Wald nicht mehr zu sehen. Frisches Blut läte aut. Am Volke brauchen aber erst man nicht den Glauben an den guten Willen der Regierung, das Vertrauen an der Regierung und vor allem zur Reichskanzler erschüttern lassen, indem man über die wirklich schuldigen schweigt. Höchste Zeit ist es, daß eine starke Hand all die von den verschiedensten Seiten aufzunehmenden Schwierigkeiten beseitigt, daß im Diktator auf wirtschaftlichem Gebiete endlich Wandel schafft.

Am Sonntag, den 21. Oktober, hat nun eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, die in Frankfurt a. M. tagte, sich in ähnlicher Weise ausgesprochen.

Die Alldeutsche Volkszeitung berichtet über die Verhandlungen zu diesem Punkt:

Die Kritik der Haltung des Reichsamts des Innern war durchweg überaus scharf. Von der stark verpödeten Festsetzung von Höchstpreisen für Wolle, welche dem Reich eine ganze Masse von Millionen gekostet hat, und von der ebenfalls stark verpödeten Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, dazu ohne gleichzeitige Festsetzung von Höchstpreisen für Mehl, bis zu den jüngsten Maßnahmen dieses Reichsamts nicht sich nach dem übereinstimmenden Urteil aller Männer eine lange Reihe von schweren Fehlern, welche die Geschäftsführung des Reichsamts als keineswegs auf der Höhe der Lage stehend erkennen läßt. Nicht nur die verzehrende Bevölkerung, sondern fast in demselben Maße die Landwirtschaft selbst leidet unter dieser Unzulänglichkeit. Wenn es möglich ist, unsre Truppen im Feld angemessen zu ernähren, muß es bei richtiger Anordnung auch möglich sein, nach diesen gleichfalls die Versorgung der kriegführenden und großgewerkschaftlichen Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln, vor allem mit Kartoffeln, erträglich zu regeln. Was die Verteilung der Lebensmittel unter der Bevölkerung angeht, müssen ähnliche Maßnahmen bei andern Lebensmitteln auch leisten können. Für die Landwirtschaft ist es in hohem Maße peinlich, daß sie in ihrer Abhängigkeit für Zustände verantwortlich gemacht wird, für welche sie nicht verantwortlich gemacht werden kann und für deren Abhilfe sie sohin nicht in der Lage ist.

Als Nebenaktion solcher Gedanken wurde eine Eingabe an den Reichskanzler beschlossen, welche in nachdrücklicher Weise weitergehende Maßnahmen des Reichsamts des Innern verlangt. Diese Eingabe soll dem Reichskanzler mit entsprechenden Beilegen persönlich überreicht werden. Sie kann selbstredend erst nach Überlegung an den Reichskanzler auch der Öffentlichkeit übergeben werden.

Wir haben wahrlich keine Veranlassung, den Staatssekretär des Innern gegen diese Angriffe in Schutz zu nehmen. Aber es will und scheint als ob wenigstens ein Teil von ihnen aus dem Bestreben geboren wäre, die Landwirtschaft und den preussischen Landwirtschaftsminister durch „Gegenangriffe“ zu entlasten. Wichtiger als solche Auseinandersetzung ist jedenfalls das Beseznachen.

Berlin, 27. Oktober. (Amst.) Der Beirat der Reichspräsidenten für die Lebensmittelpreise hat gestern nachmittags in seinem Ausschuss für Kolonial- und Lebensmittel zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Fuchs aufkommen. Zur möglichen Verminderung einer wesentlichen Steigerung der Kaffeepreise und Sicherung der Vorkriegspreise nach allen Teilen Deutschlands wurde die Gründung eines Einkaufsverbands für Kaffee allgemein gewünscht. Für Tee wurde jedes Eingreifen für überflüssig erachtet, da ausreichende Vorräte vorhanden sind. Von einigen Seiten wurde eine Verbrauchsregelung für Kakao gewünscht. Für alle drei Warengruppen wurden Bestandesaufnahmen angefragt. Die für Teewaren, Griech und Mokka-Kaffee in die Wege geleitete Regelung, insbesondere die Preisgestaltung, wurde mit Genehmigung begriffen. (W. Z. B.)

Der preussische Landwirtschaftsminister und die Teuerung.

Wir haben in unserer Dienstagnummer berichtet, daß der preussische Landwirtschaftsminister das im Interesse der Stadt Frankfurt a. M. von einem Kreise erlassene Ausfuhrverbot für Kartoffeln aufgehoben habe, weil Landwirte und Händler, die einen höheren Preis erzielen wollten, beim Landwirtschaftsminister darum nachgesucht hätten.

Eine offizielle Mitteilung behauptet, daß diese Darstellung nicht den Tatsachen entspreche. Der Landwirtschaftsminister habe eine solche Anordnung nicht erlassen. Weil die an sich gesetzlich unzulässigen Ausfuhrverbote einzelner Kreise usw. zu schwersten Unzulänglichkeiten für die Verbraucher, insbesondere einzelner großer Städte geführt hätten, seien sie allgemein aufgehoben worden, und zwar von der zuständigen Behörde. Durch eine Ausdehnung der Bundesratsverordnung vom 9. Oktober d. J. auf geringere Ausbuchtungen werde den Bedarfsgemeinden im Westen die Möglichkeit gegeben werden, ihren Kartoffelbedarf auch in der Nähe zu decken. Auch sei eine allgemeine Beschränkung der Preise für Speisekartoffeln zu erwarten.

Eine Konferenz beim Reichshändler.

Wolffs Bureau teilt amtlich mit: Der Reichshändler hatte am Mittwoch Vertreter aller Fraktionen des Reichstages im Abgeordnetenhaus zu einer Besprechung über Fragen der Volksernährung eingeladen. Man stimmte dem Reichshändler darin zu, daß energische Schritte getan werden müssen, um solche notwendigen Nahrungsmittel, deren Menge gegenüber dem Friedensstand erheblich zurückgegangen ist, allen in möglichst gleichem Maße zugänglich zu machen. Auch bei den Kartoffeln, die in überreicher Menge geerntet sind, erkannte man an, daß weitere Maßregeln zur Regelung der Marktverhältnisse ergriffen werden müßten, da die bisherigen nicht genügt hätten. Alle Anwesenden waren darin einig, daß wir mit ausreichenden Vorräten für die Ernährung des deutschen Volkes versehen sind, daß es aber darauf ankommt, einer ungleichen Verteilung entgegenzuwirken und die Preise auf einer Höhe zu halten, die zwar der durch den Krieg hervorgerufenen Erhöhung der Produktion entspricht, aber auch eine unangenehmste Überverwertung der Bevölkerung vermeidet. Es wurde der Jurafrucht Ausdruck gegeben, daß die bevorstehenden vom Reichshändler in ihren Grundzügen mitgeteilten Bestimmungen dieses Ziel erreichen werden.

Der Krieg gegen Serbien.

Der bulgarische Tagesbericht.

Sofia, 27. Oktober. Amtlicher Bericht über die Operationen vom 25. Oktober: Die Offensive dauert auf der ganzen Front an. In Ragotin fanden wir große Vorräte von Mehl und Hafer. In dem Donauhafen Ruska, westlich von Präfosa, wurden 4000 Winterweizen, 2000 Kapuzen, 2000 Weizenkörner und 30